

Ausgabe
3/ Juli
2002

• i • s • t • o • t • a •

**Autofreier
Hochschultag
Neuer Rektor
ABS-Woche
FriCard**



magazin

Für Fehler und Schrift haftet der Stift

Die Tauben im Schlosspark sind verfettet. Die in der Innenstadt sicher auch. Aber warum? Die erste Theorie die mir da in den Kopf kommt: Der BGS hat Angst vor afghanischen Briefbomba-tauben und um sie vom Bundesverfassungsgericht wegzuhalten werden regelmäßig Fressringe rundherum ausgelegt. Leider hab ich die noch nie gesehen.

Laut lebensmittelkunde.at wiegt die durchschnittliche Masttaube 350 bis 450g. Die Karlsruher Tauben sind garantiert schwerer. Da wundert es mich doch, dass beim Stadtgeburtstag kein Taubengrill aufgebaut war. Man hätte diesen ja sogar mit dem vorherigen Schiessen auf unechte Tontauben verbinden können. Das wäre garantiert interessanter gewesen als das Riesenrad, den Ausblick aufs Physikhochhaus will schliesslich wirklich niemand. Allerdings würde sowas bestimmt gegen das neue Tierschutzgesetz verstossen und einen Streik der Taubenbekämpfungsmafia mit sich ziehen. Der würde dann von einer bestimmten Zeitung (oder auch zwei) so weit aufgebauscht werden, daß der Verzehr von Tauben verboten würde.

Auweia, jetzt weiß ich wie man Studiengebühren verhindern kann, oder gilt das Tierschutzgesetz nicht für Studierende?

Im Kur- und Gesundheitsprogramm für Brieftauben erfährt mensch leider nicht, wie man gegen die Verfettung der gemeinen Karlsruher Taube vorgehen sollte. Dafür aber, daß die bösen Behörden die Taubenzüchter zwingen wollen, Tauben zu züchten, die ohne Arzneimittel (über-)leben können. Da frag ich mich doch, können die Behörden das? Man soll schliesslich immer mit gutem Beispiel vorangehen.

Da sich scheinbar niemand mit diesem verheerenden Thema beschäftigen will, muss endlich jemand die Diskussion mit ein paar Vorschlägen anheizen. Wie wäre es zum Beispiel mit städtischen Windhunden, um den Tauben etwas Ausdauer anzutrainieren. Man könnte natürlich auch die Fressringe in Zukunft am Schwanz der Tauben befestigen, ach nee dann würden die sich gegenseitig aufpicken und das wäre wieder schlecht für die Taubenbekämpfungsmafia. Äußerst sinnvoll erscheint es ja die Tauben einfach nicht mehr zu füttern, weil sie allein überleben sollten, aber dieses Argument ist viel zu plausibel um einschlagen zu können. Vielleicht sollte ich lieber mal besagte Zeitungen fragen, die haben ja für alles die bildende Meinung, hihi.

(jw)

Inhalt:

- 3: Geburtstag ganz gross
- 4: Smarte Karte an der Uni
- 5: Aktionswoche gegen Studiengebühren
- 6: In Karlsruhe bald 500 Euro pro Semester Gebühren?
- 7: Campuscrash?
- 8: 50 Jahre - und noch kein bißchen (w)leise
- 10: SSV-Druckerei wiedereröffnet
- 10: Menschenrechtssituation in Paraguay
- 12: Farbenspiel
- 14: Autofrei
- 14: Knappe Wahl - aber gute Wahl!
- 16: Kurz notiert und Termine, Impressum

Editorial:

Das „Alles wird besser“- Umag

Bald gibt's die neue Unibib mit 24h Öffnungszeiten, die neue FriCard, das Jubiläumsfest des Wohnheim e.V., Studiengebühren ab 500 Euro, weniger Autos auf dem Campus, einen neuen Rektor, und darüber lesen könnt Ihr heute schon, auch wenn heute noch gar nicht alles gut ist. Natürlich hier im Umag - dem Magazin Eures UStA.

Und wenn Ihr Eure Fachschaften und uns die Weiterarbeit (Stichwort Unifest!) gönnt, dann habt Ihr ja sicher schon eine Beitragsmarke erworben und stolz auf Euren Studiausweis geklebt... (solange es noch geht! Das letzte Semester zum Kleben!)

A propos Unifest: Der Redaktionsschluss für dieses U-Mag lag in der Zeit während des Unifestes, eine Rückschau mit Fotos vom Fest gibt es in der nächsten Ausgabe... natürlich noch in diesem Semester (und das ist jetzt zu 99% versprochen :-)).

(mc)

Geburtstag ganz gross

Niemand von uns könnte sich so eine grosse Party leisten, doch die Stadt Karlsruhe gönnt sich zum 287. Geburtstag eine solche. Zusammen mit dem 50jährigen Landesjubiläum gab es ein Wochenende lang Kultur pur aus allen Bereichen und Zeitepochen.

Rund um das Naturkundemuseum gab es Ausstellungen zum Jahr der Geowissenschaften. So waren kleine und grosse Mineralien zu kaufen und zu bestaunen. Verschiedene Institute der Universität stellten zu diesem Thema Informationen bereit. Als Highlight gab es einen Vulkanausbruch im Nymphengarten zu bewundern.

Zur besonderen Attraktion wurde der Urmensch von Mauer. Rund um diesen wohl berühmtesten Fossilienfund der Region wurden verschiedenste Techniken der Frühzeit vorgestellt. So konnten die Besucher beim Steineklopfen ihre Geschicklichkeit beweisen. Demonstriert wurde unter anderem auch die Technik des Kochens der Urmenschen. So musste zuerst mit einem spitzen Stein das Tier zerteilt und dann das Fell vom Fleisch getrennt werden. Gekocht wurde in einer Mulde; das Wasser wurde mit heissen Steinen zum Kochen gebracht, so dass die Lammkeule nach ca. 2,5 Stunden fertig war und den Besuchern als Delikatesse gereicht werden konnte. Abgerundet wurde hier das Programm mit Musik und einem Freiluftkino, in dem thematisch passende Filme vom AKK gezeigt wurden.

Künstler aus ganz Europa gaben ihr Können auf dem Friedrichsplatz vor dem Naturkundemuseum zum Besten. Von hier aus gelangte man an ein paar Verkaufsständen vorbei zum Schloss. Im Schlosspark konnten die Besucher einige Runden in einem Riesenrad drehen. Der Blick von dort oben war phänomenal. Die ganze Stadt lag einem zu Füssen, die Sicht reichte bis in den Schwarzwald, zu den Vogesen und nach Norden weit über die Grenzen des Hardtwaldes hinaus. Vor dem Schloss war auf einer grossen Bühne unter anderem die Uni-Bigband zu bewundern. Die vielen Imbissstände boten reichlich Gelegenheit sich zu verköstigen und auf dem Rasen konnte man eine kleine Rast einlegen.

Am Samstag wurde dann noch die Kriegsstrassen-Unterführung am Ettlinger Tor für den Verkehr gesperrt. Dort wo sonst der Durchgangsverkehr passiert, tobten am späten Samstagabend die Massen zu Techno-Rhythmen. Unter dem Motto BIG-JAM meets Karlsruhe konnte man hier bis in die frühen Morgenstunden überschüssige Energie los werden.

Einen schönen Abschluss des kulturellen Tages auf dem Marktplatz bot die Rathaus-Illumination. Eine viertel Stunde lang wurde das Rathaus in alle möglichen Farben und Formen getaucht, immer wieder unterbrochen von historischen Zeichnungen der Umgebung.

Das Ganze war natürlich nur ein kleines Bruchstück dessen, was es zu erleben gab. Insgesamt waren es sehr schöne Tage, die für fast jeden Geschmack etwas zu bieten hatten. Dieses Wochenende dürfte noch einige Zeit in Erinnerung bleiben und wird mit ca. 500 000 Besuchern sicherlich ein Highlight des diesjährigen Festival-Sommers sein.

(rth)



Smarte Karte an der Uni

Ab nächstem Semester ist es soweit: Die Mensa-Chipkarte kriegt Gesellschaft. Schrittweise wird dann die sogenannte „Fridericiana-Karte“ an uns Studierende wie auch an die ChefInnen und Wissenschaftsbedienstete ausgegeben. Natürlich kann mit der neuen Karte all das erledigt werden, was bis jetzt schon die Chipkarte des Studierendenwerks schafft - leckeres Essen für hungrige Mägen zur Verfügung stellen (jedenfalls theoretisch).

Zusätzlich ist ein hübsches Bild der Besitzerin oder des Besitzers aufgedruckt, die Matrikelnummer und der Name. So soll der Studiausweis ersetzt werden. Das aktuelle Semester wird mit einem speziellen Drucker auf einen beschreibbaren Streifen auf der Karte aufgemalt - das klappt auch dann noch, wenn ihr etwa mehr als Eure 10 Semester „Regelstudienzeit“ an dieser Uni verbingt. Das wurde jedenfalls versprochen.



Damit aber hört der Nutzwert der Karte, die im Wesentlichen eine A u r ä u m - a k t i o n f ü r E u e r

Portemonnaie darstellt, nicht auf. Auch den Bibliotheksausweis und diverse Codekarten für Gebäude- und Rechnerzugriff können mit der FriCard realisiert werden. Ob man das Rückmeldeverfahren per Überweisung allerdings auch noch durch die Karte vereinfachen kann, bezweifeln wir eher - eine Überweisung ist an sich einfach genug, wenn es auch gewisse Probleme auf Seiten der Uni gibt (Stichwort: Online-Überweisung).

Weitere Gebühren dürft ihr dann auch für Skripten und Kopierer mit Karte bezahlen, später wäre es dann sinnvoll, seine Chipkarte auch für Prüfungsanmeldungen nicht zu vergessen.

Es gibt wie bei jeder neu eingeführten Technik natürlich auch Schattenseiten. Wir haben einige Pluspunkte und auch Negatives für Euch zusammengetragen, so dass Ihr Euch selbst eine Meinung zum schicken Statussymbol „FriCard“ bilden könnt.

Pro Man verläßt sich auf den Marktführer, die Firma Intercard

Contra Die Sicherheitsexperten der Informatik und an anderen Fakultäten wurden nicht in die Planung einbezogen

Pro Erfahrungen beim Karteneinsatz in anderen Städten bereits vorhanden, beispielsweise Mannheim, Freiburg, Bochum, Erlangen-Nürnberg.

Contra Zitat aus Erlangen-Nürnberg: „Die Studenten der Universität Erl.-Nürnberg sind seit mehreren Wochen schier am verzweifeln. Der Grund das neue Uniserv plus System von Intercard! Vor den Terminals bilden sich täglich meterlange Schlangen völlig frustrierter Studenten. [...] Wie kommt es nur, dass im 21. Jh. noch immer Computersysteme am Markt sind, die den Benutzern statt einer Erleichterung nur Zeitvernichtung, Frust und schlaflose Nächte bereiten?“ (Quelle: <http://www.intercardforum.org/>)

Pro Die Firma Intercard hat über 20jährige Erfahrung auf diesem Sektor

Contra Bei defekten Karten dieser Firma (sei es allein durchs Hinsetzen mit der Chipkarte in der Hosentasche) will sich die Uni-Verwaltung äußerst kulant verhalten

Pro Vor-Ort-Dienstleister übernehmen die genaue Wartung (hier in Karlsruhe wohl die Universität selbst)

Contra Die Erfahrungen der Drittdienstleister mit der Kooperation der Fa. Intercard ist in anderen Hochschulen eher schlecht.

Pro Gestohlene/geliehene Karten können nur zum Bargeldabheben mißbraucht werden, für andere Funktionen wird PIN benötigt

Contra Vier- oder fünfstellige PINs wie in Bayern sind ratbar, Karlsruher Informatiker scheinen auch von der Sicherheit der Karte selbst nicht viel zu halten.

Pro Die Karten lassen sich durch Telefonhotline jederzeit sperren.

Contra Das hilft nichts, wenn sich unauffällig und schnell Kopien der Karte anfertigen lassen.

Pro Das Risiko ist nicht wesentlich höher als bei Geldkarten und ähnlichen Techniken, bis auf die höhere Funktionszahl, die auf einmal angreifbar wird.

Contra Kartenterminals sind teuer (besonders die Druckterminals, diese bewegen sich im sechsstelligen Bereich - hoffentlich werden genug davon aufgestellt.)

Pro Die Karte ist für die Studierenden kostenlos durch Werbefinanzierung.

Contra Das Geld, welches die Universität in die Chip-

karte steckt, könnte anderswo möglicherweise sinnvoller investiert werden, zumal die Universitätsverwaltung keine ökonomischen Vorteile durch die Einführung der FriCard anstrebt

Pro Komfort („alles auf einer Karte“)

Contra Die (riesigen hypothetischen und vereinzelt aktuellen) Datenschutzprobleme (Prinzip der Datenvermeidung, Benutzerprofile, Rasterfahndung)

Pro Sabotageproblem zwar vorhanden, das System ist aber auch nicht anfällig als die Restsysteme und stellt nicht das schwächste Glied in der Kette dar, um den Universitätsbetrieb lahmzulegen.

Contra Nicht behindertengerecht (gerade für Blinde). In Freiburg ist diese Karte mittlerweile verpflichtend, hoffentlich wird für Sehgeschädigte und Blinde gesorgt, bevor die alternativen herkömmlichen Systeme wegfallen. Eine Lösung hat die Universität versprochen.

Pro Surfterminals sollen in Bedienstationen integriert werden

Contra Parallelbetrieb mit den NICKs ist unwahrscheinlich, bei den neuen Surfstationen ist die Anonymität und die Kostenfreiheit möglicherweise schnell abgeschafft (da Chipkarte als Payment-System und als Identifikation fungieren kann)

Pro Karte nicht nachbestellbar (=kopierbar) bei Hersteller, da Identifikationsnummer für Uni Karlsruhe integriert ist (1580 Uni-ID, danach fortlaufende ID-Nummer)

Contra Bei Ersatzkarte ändert sich die ID, man muß sich in allen Systemen neu anmelden. Nicht verlieren! (und nur das erste Ausstellen ist kostenlos)

Pro Das Beispiel Mensakarte hat gezeigt, daß Mißbrauch sich nicht lohnt, selbst wenn die Karte unsicher ist. Auch große Datensammlungen finden sich nicht auf der Karte (nur ID und Barguthaben)

Contra Datensammlung auf zentralen Servern (ob die Karte gesperrt ist, muß beispielsweise in einem uniweiten System gespeichert werden). Bei der Sicherheit und der Einhaltung der Datenschutzgesetze ist man weitgehend auf das Wohlwollen der Uni angewiesen.

Pro Der Landesdatenschutzbeauftragte kann auf Anfrage unabhängig kontrollieren (ist allerdings häufig ausgelastet).

Contra Anwesenheitskontrolle in Vorlesungen sind jetzt machbar. Für ein interessantes, wenn auch paranoides Gedankenspiel zum Thema Chipkarte siehe <http://www.usta.de/RefAk/Aussen/chip.html>

(mc)



Aktionswoche gegen Studiengebühren

Vom 10. bis 17. Juni fand in Karlsruhe die UStA-Aktionswoche gegen Studiengebühren statt (siehe auch nachfolgender Artikel). Der UStA hat mit einem Informationsstand zum Thema aufgeklärt, die Aktion „Studiengebühren schaffen Hürden“ war ein auffälliges Zeichen, dass Studiengebühren sozial schwächere Studierende teilweise unüberwindbare Schwierigkeiten in den Weg legen. Am Donnerstag haben die Fachschaften in unterschiedlicher Form über Studiengebühren informiert. Dabei ist es zu interessanten Diskussionen gekommen und es wurde auf vielfältige Weise mit dem Thema umgegangen, beispielsweise durch die Meinungszettel der ElektrotechnikerInnen. Zur „Belohnung“ half der UStA dabei, die Fußballübertragung der deutschen Spiele im Tulla-Hörsaal und später im Audimax zu ermöglichen.

(mc)



In Karlsruhe bald 500 Euro pro Semester Gebühren?

**Nach Nordrhein-Westfalen
(wir berichteten im letzten
U-Mag) nun auch hier: Die
Landesregierung plant fürs
Studieren Geld von Euch.
2003 wird teuer...**

Eigentlich wollte die rot-grüne Bundesregierung durch eine Gesetzesnovelle Studiengebühren in Deutschland verbieten. Damit gibt es aber zwei Probleme: Zum einen ist das Studiengebührenverbot extrem löchrig und kann von jedem Bundesland leicht ignoriert werden. Zweitens werden Bayern und Baden-Württemberg Verfassungsklage gegen das Gesetz einlegen. Sie berufen sich dabei auf die Gesetzeshoheit der Länder.

Trotzdem gab es bis vor kurzem aus guten Gründen keine konkreten Pläne für Studiengebühren in deutschen Bundesländern. Erst seit letztem Jahr wird wieder an Gebührenplänen gearbeitet - die letzten Proteste gegen Bildungs-Sparmaßnahmen waren mittlerweile verklungen gewesen.

Den Auftakt zur wirklich heißen Phase machte Nordrhein-Westfalen. Hier wurde in den letzten Jahren ein gigantisches Haushaltsloch in Milliardenhöhe geschaffen (u.a. durch Senkung der Körperschaftsteuer), viele Maßnahmen werden erforderlich sein, um für einen Ausgleich zu sorgen. Eine Menge Spar-

vorschläge wurden gesammelt und wieder verworfen. Einer blieb - Studiengebühren. 50 Euro pro Semester, 500 bis 650 Euro für Langzeit-, Zweit-, und Seniorenstudierende sollen es werden. Gerade ersteres erscheint recht human für die Leistung, die man als Studi in Anspruch nimmt. Oder?

Nun, dass wir für die von Vater Staat erbrachten Leistungen auch zahlen, ist ja nichts Neues - lange hat man über ein halbwegs gerechtes System dafür nachgedacht, wie die Unterschiede in Einkommen und Besitz berücksichtigt werden sollten, um öffentliche Werke wie Opern, das Militär, den Regierungsapparat und ein gebührenfreies Bildungssystem zu finanzieren. Steuern wurden eingeführt und haben sich in allen Industrienationen als System der Wahl etabliert. Mit ihnen soll die Lücke zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft langfristig geschlossen werden. Zusatzgebühren für bestimmte Güter dagegen sorgen dafür, daß schlecht mit Finanzmitteln ausgestattete Bürgerinnen und Bürger auf diese verzichten müssen. Das ist bei vielen sogenannten Luxusgütern hinnehmbar, auch heute noch ist man sich aber einig, dass Bildung für Arme und Reiche gleichermaßen möglich sein muß.

Aus diesem Grund versucht man, Modelle zu finden, die Studiengebühren auf eine sozial verträgliche Weise einführen - so dass untere Schichten nicht belastet werden, die oberen die Bildung der gesamten Bevölkerung mitfinanzieren. Das ganze sollte nur nicht wie eine allgemeine Steuererhöhung aussehen, diese sind schließlich nicht gerade populär.

So wurden hier in Baden-Württemberg 500 Euro Gebühren pro Semester eingeführt, für die im Moment noch jeder Studierende ein sogenanntes Bildungsguthaben für die Regelstudienzeit plus 4 Semester eingeräumt bekommt. Deshalb nennt man diese Gebühren auch Langzeitstudiengebühren. Ein unglückliches System, zumal die tatsächlichen Verwaltungskosten für Studierende in höheren Semestern im zweistelligen Eurobetrag liegen.

Auch die Langzeitgebühren reichen Stuttgart nicht mehr. In der Landeshauptstadt kündigt Ernst Pfister, seines Zeichens Fraktionsvorsitzender der mitregierenden FDP-Fraktion, im Schatten der Gebührenpläne von Nordrhein-Westfalen etwas ähnliches auch für uns an. Mit 50 Euro will er sich nicht zufrieden geben - sein Vorschlag liegt bei 500 Euro pro Semester, denn erst dieser Betrag „schafft einen Anreiz, in einer vernünftigen Zeit zum berufsqualifizierenden Abschluss zu kommen.“ Diese Gebühren sollen nachlaufend erhoben werden, nach Ende des Studiums, weil dann auch Studierende aus sozial schwächeren Schichten nicht vom Studium abgehalten werden - so jedenfalls seine Argumentation. Dieses Modell wurde vor einigen Jahren bereits

Up to date bleiben!

Wenn Ihr wissen möchtet, wann das nächste U-Mag herauskommt, wann das nächste Unifest ist, zu welchen Themen der UStA eine Pressemitteilung herausgegeben hat oder Ihr einfach auf dem Laufenden sein wollt, dann tragt Euch in unsere neue Mailing-Liste (news@usta.de) ein, ganz einfach über www.usta.de

in Australien eingeführt. Dort allerdings hat es stattdessen zur Stagnation der Studierendenzahlen aus diesen Schichten geführt, das Gegenteil ist erreicht worden - so wirklich erwarten konnte man es auch nicht, dass eine Einführung von zusätzlichen Gebühren den Anteil der Kinder aus klassischen Arbeiterfamilien, die sich für ein Studium anmelden, wie versprochen ansteigen läßt. Ein Schuldenberg von 6000 Euro nach Beendigung des Studiums ist keine Kleinigkeit.

Als Argument für Studiengebühren ließe sich aber Folgendes anführen: Durch Steuern wird dafür gesorgt, dass beispielsweise ein Handwerker durch seine Steuern die Hochschulbildung der reichen Arztochter finanziert, obwohl deren Vater ihr Studium sicherlich bezahlen könnte. Ist das nicht ungerecht?

Das mag so sein. Allerdings zahlt der Arzt durch seine Steuern einen wesentlich höheren Anteil zum Bildungssystem als der Handwerker. Das Argument geht aber an der Diskussion vorbei - die Einführung von Studiengebühren hat damit nichts zu tun. Diese sorgen nur dafür, dass der Sohn dieses Handwerkers sich bei Gebühren in der Höhe von 500 Euro pro Semester eine Aussicht auf einen finanzierbaren Studienplatz von vornherein abschreiben kann.

Und mit den Studiengebühren hört die Gebührenwelle nicht auf. Besonders deutlich wird dies wieder einmal am Beispiel Nordrhein-Westfalens - das Milliardenloch wird nach Schätzungen durch etwa 100 Millionen aus den geplanten Gebühren nicht gestopft. Andere soziale Leistungen werden folgen - vielleicht als nächstes das Kindergeld? Studis werden aber gerne als Erste geschöpft, da diese neben dem in Deutschland stark unterfinanzierten Dachverband fzs keine Lobby haben und ihnen der Rückhalt in der Bevölkerung fehlt. Diese geht häufig vom Bild des faulen Studis, der im Sommer im Schloßgarten liegt, aus. Danach kann man dann Familien und Arbeitnehmer angehen. Jederzeit kann dann behauptet werden, dass die Studierenden sich ja auch nicht beschwert haben und nun die anderen an der Reihe sind. Wenig Einsparungen wird es wohl bei den lobbystarken Projekten wie dem Transrapid und den staatlichen Zuschüssen zu Privathochschulen - wie die International University in Germany in Bruchsal - geben, wenn nicht... wenn nicht was?

Die einzige Lösung geht von Euch aus. Helft uns bei unseren Aktionen, helft uns zu zeigen, dass ihr Euch Euren Mitstudierenden solidarisch zeigt, um die 500 Euro pro Semester zu verhindern.

Euer UStA

(mc)

Campuscrash?

Verbesserung der Verkehrssituation durch Vorschläge von Studierenden

Obwohl die Situation in Karlsruhe nicht schlecht ist, kommt es doch häufig vor, dass man sich über den einen oder anderen Mangel ärgert:

Bei einem hohen, spitzen Kantstein bräuchte man ein vollgefedertes Rad, um nicht Mal für Mal auf Schrittgeschwindigkeit abbremsen zu müssen; In dieser nervigen Einbahnstraße würde man gerne ohne Angst vor der Polizei in beiden Richtungen fahren; Diese eine Ampel verführt allmorgendlich zu Verstößen gegen die StVO ...

Deswegen sammelt das Ökoreferat Kritik von Karlsruher Studierenden, die dann im Herbst 2002 an die zuständigen Stellen in der Stadtverwaltung weiter geleitet wird.



In dem Abschnitt unten kannst Du Deine Kritik notieren. Danach kannst Du ihn im UStA abgeben. Du kannst aber auch gerne an oeko@usta.de schreiben.

(hb)

Name:

Kritik und Verbesserungsvorschläge:

50 Jahre - und noch kein bißchen (w)leise

In diesen Tagen feiert eine Institution im direkten Umfeld der Universität ihr 50-jähriges Bestehen. Dabei handelt es sich um den Studentenwohnheim der Universität (T.H.) Karlsruhe e.V. Dieser gemeinnützige Verein wurde im Jahre 1952 zu Zeiten größter Wohnungsnot unter den Studierenden von der Universität vertreten durch ihrem damaligen Rektor Herrn Prof. Backhaus gegründet. Ein Studentenwerk war damals noch lange nicht gegründet und der Studentendienst e.V. (quasi der Vorläufer des heutigen StuWe) sah sich in der damaligen Situation nicht in der Lage, weitere Studentenzimmer zu errichten und zu betreiben.

Das erste Objekt des Vereins stellte das Haus im Parkring (heute: Adenauerring) 2 - 4 dar. 1964 wurde das Gebäude zugunsten eines Neubaus im Klosterweg 28, dem Haus K1 aufgegeben. 1961 wurde bereits auf eigenem Grundstück in der Insterburgerstraße 2 in der Waldstadt das Studentenhochhaus (heutzutage nur noch kurz ‚die Burg‘ genannt) erstellt und bezogen. In der Zeit von 1971 bis 1976 kamen auf dem Gelände am Klosterweg die Häuser K2 bis K5 hinzu und bilden das heute unter dem Namen HaDiKo (kurz für: Hans-Dickmann-Kolleg) allseits bekannte größte Ensemble von Studentenwohnheimplätzen in Karlsruhe.

In den 70er Jahren wurden ebenfalls die heute noch existierenden Wohnheime Augustin-Bea-Haus, Reinhold-Schneider-Haus und Hermann-Ehlers-Kolleg durch den Studentenwohnheim e.V. im Auftrag der eigentlichen Eigentümer verwaltet. 1980 kam das Hans-Freudenberg-Kolleg (HFK) in der Schneidemühler Straße 25 als letztes zum Verein hinzu. Heutzutage organisiert der Verein ebenso noch die Zimmer im Studienkolleg und im Internationalen Seminar. Derzeit betreibt der Verein somit ca. 1.134 Studentenwohnheimplätze. Er ist dadurch neben dem Studentenwerk Karlsruhe A.d.ö.R. einer der größten Anbieter studentischen Wohnraums vor Ort. Er stellt damit auch einen der größten - wenn nicht sogar den größten - freien Wohnheimträger in der Bundesrepublik dar.

Das Angebot an Zimmern richtet sich an alle Studierenden aller Fachrichtungen und aller Hochschulen Karlsruhes - ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung. Von Beginn an wurde der Verein auf einem soliden

HaDiKo HFK Insterburg

Studenten-
50 Jahre
Wohnheim e.V.

13.07.2002
ab 15:00 Uhr

Livebands „Die Band“
Feed your Mind
All Fools Day

Eintritt frei

Mit freundlicher Unterstützung von
schluss-partner

Wohnheim HaDiKo
Klosterweg 28, Karlsruhe
<http://www.studentenwohnheim-stu.de>

Fundament aus studentischer Mitbestimmung und Mitverantwortung gegründet. So entstand ein einzigartiges System, welches den Studierenden - bis zum heutigen Tage - erlaubt, bis in die höchsten Gremien des Vereins hinein, Einfluss auf ihr direktes Wohnumfeld zu nehmen. Die Studierenden kümmern sich in vielen - auch sozialen - Belangen in der studentischen Selbstverwaltung um ihre Mitbewohner, indem sie zum Beispiel vom Aufnahmeprozess über die Zimmerverteilung bis hin zum Betreiben von zahlreichen Werkstätten und Arbeitskreisen, das Leben in einem Wohnheim attraktiv gestalten.

Zum Beispiel wohnen derzeit in den fünf Gebäuden des HaDiKo 874 Studierende. Über ein Drittel ist nicht deutscher Herkunft. Einen großen Anteil machen hierbei auch Teilnehmer von Austauschstudiengängen, z.B. aus unserem Nachbarland Frankreich, aus. Ein Viertel aller Zimmer wird jährlich neu belegt. Das trägt jeweils zu Beginn des Wintersemesters zur Entspannung der Lage auf dem Karlsruher Wohnungsmarkt bei. Die Studis fühlen sich wohl in den vollmöblierten Zimmern, die in Wohneinheiten, bestehend aus 13 bis 15 Zimmern, zusammengefasst sind. Das entspricht sicher nicht immer den vorherrschenden Ansprüchen an Platzbedarf und Komfort, doch tut das der Stimmung und dem alljährlichen Run auf die Zimmer keinen Abbruch.

Die Geschäftsstelle des Vereins liegt mitten auf dem Gelände am Klosterweg, am nördlichen Rand der Oststadt, zwischen Kleingartenanlagen, fürstlicher Grabkapelle und fast idyllisch zwischen den Bäumen des Hardtwaldes. Innerhalb von fünf Fussminuten ist man von hier im Wildparkstadion genauso wie im Hörsaal am Fasanengarten. Seit 1996 leitet Prof. Dr. Ing. Volker Krebs aus dem Institut für Regelungs- und Steuerungssysteme als erster Vorsitzender die Geschicke des Vereins. An seiner Seite als zweiter Vorsitzender steht Herr Prof. Dr. rer. nat. Olaf Dössel aus dem Institut für Biomedizinische Technik.

Zwei Vertreter der Bewohnerschaft sitzen jeweils im Vorstand und im Verwaltungsrat mit am Tisch und reden bei allen größeren Entscheidungen im Verein mit. Sicherlich ist diese Form der Mitsprache nicht unbedingt die bequemste Form für eine Vereinsführung. Manchmal auch - so geschehen in den 70iger Jahren - verhinderten die studentischen Vertreter mit der Forderung nach bezahlbaren und lediglich kostendeckenden Mieten die Bildung heute notwendiger Rücklagen. Aber nichtsdestotrotz ist der Studentenwohnheim e.V. ein sehr gelungenes Beispiel praktizierter und praxisorientierter Mitbestimmung und Mitverantwortung von Studierenden.

In jedem der Häuser sorgen gewählte Haussprecher für die Einhaltung der selbst gegebenen Satzungen und Hausgeschäftsordnungen. Jeder Bewohner kann seine Anliegen über seinen Flursprecher an das sog. Hausparlament weitergeben oder direkt dort vorseprechen. Tutoren leiten Holz- oder Metallwerkstätten, verwalten Musikzimmer und Gemeinschaftsräume. Sogenannte ‚Minister‘ stellen von der Bindemaschine bis zur Nähmaschine oder Waschmaschine alles zur Verfügung, was den studentischen Alltag vor Ort leichter und angenehmer gestaltet. Der Belegungsausschuss legt selbständig Regeln fest, nach denen eine Auswahl aus den Bewerbern stattfindet und nach denen die Neu-Einzügler über die Häuser verteilt werden. Keine anonyme Verwaltung entscheidet in diesen Fragen. Alles das liegt nahezu uneingeschränkt in studentischer Hand. Rund 240 Aktive kann man also zusammen in allen Häusern ausmachen.

So wurde auch bereits 1996 allein durch studentisches Engagement und die v.a. finanzielle Unterstützung durch die Geschäftsstelle, Sachspenden aus der Wirtschaft und durch Zuschüsse des Verwaltungsrats der Universität und Hilfe des Uni-Rechenzentrums eines der ersten Studentenwohnheime in Deutschland geschaffen, das flächendeckend mit Ethernet-Technologie (streckenweise über ATM) ausgestattet wurde. Ein Laserlink sorgt für die Anbindung der ca. 750 Rechner an den Campus. Eine selbst betreute kleine Server-Farm und ein eigener



Von Studierenden mitgestaltete Aussenfassade des Hauses K3 im HaDiKo (Klosterweg)

kleiner Poolraum komplettieren die in Eigenregie gemanagte Netzwerktopologie. Nachdem nahezu alle Zimmer des Vereins somit über einen Internet-Anschluss verfügen, stellt die Einrichtung eines hauseigenen digitalen Telefonie-Systems als aktuelles Projekt eine besondere Herausforderung für die studentischen Arbeitsgruppen dar. Die Studis erwerben so spielerisch die so gerne von der Wirtschaft eingeforderten ‚social skills‘, die man an der Hochschule nur selten in einer Vorlesung vermittelt bekommt.

Über die Grundstücksgrenzen hinweg haben natürlich auch die Feste in den Wohnheimen den Studentenwohnheim e.V. bekannt gemacht. Da bedarf es natürlich keiner weiteren Erläuterung, warum im Jahre 2001 die Studierenden es einhellig ablehnten, nach einem Angebot des Ministeriums für Wissenschaft Forschung und Kunst aus Stuttgart, in das Studentenwerk Karlsruhe eingegliedert zu werden. Das Ministerium wollte mit einem einmaligen Zuschuss die bestehenden Objekte des Vereins sanieren lassen und Gelder dafür zur Verfügung stellen. Der Hochschulstandort Karlsruhe verfügt nämlich im baden-württembergischen Vergleich über eine viel zu geringe Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen. Dieses Angebot platzte sehr schnell auch aufgrund knapper Haushaltsmittel und eine wesentliche Besserung in puncto Wohnraumversorgung in Karlsruhe ist leider derzeit nicht in Sicht.

Der Verein feierte somit zurecht am 13. Juni in einem kleinen Festakt in seinen Räumen sein 50-jähriges Bestehen. Durch die zwischenzeitlich wirtschaftliche Konsolidierung steht der Sicherung der Selbständigkeit des Vereins nichts mehr im Wege. Der geschäftsführende Rektor der Uni, Herr Prof. Dr. M. Schneider, bekräftigte als Verwaltungsratsvorsitzender des Vereins, dass die Universitätsführung schon immer für die Eigenständigkeit des

Vereins eingetreten sei. „Was man einmal besitzt, das gibt man so schnell nicht wieder aus der Hand.“ Und mehrfach wurde die Arbeit der Selbstverwaltung in den Wohnheimen gelobt.

Und jetzt am Samstag, den 13. Juli findet auf dem Freigelände zwischen den Häusern im Klosterweg 28 (HaDiKo - Bushaltestelle ‚Büchiger Allee‘ der Linie 30 ab Durlacher Tor) ein großes Jubiläumsfest statt. Ab 15 Uhr sind zahlreiche Aktionen und Attraktionen in und vor den Häusern geplant. Es treten die Gruppen ‚Die Band‘, ‚Feed your Mind‘ und ‚All Fools Day‘ auf. Nach Einbruch der Dunkelheit ziehen zwei Diskos die Tanzhungrigen bis in die frühen Morgenstunden in ihren Bann. Der Eintritt ist selbstverständlich kostenlos. Umrahmt wird das Ganze wie immer durch Verköstigungsgelegenheiten verschiedenster Art und zu ‚studentisch‘ günstigen Preisen. An verschiedenen Stellen kann man einen Blick in die Wohnheime und das Leben darin werfen. Damit das Fest auch etwas für ganze Familie bietet, wird eine Kinderbetreuung eingerichtet. Somit kann die Party unter dem Motto stehen „50 Jahre - mehr als nur ein Zimmer“. Und alle alle Studis aus Karlsruhe und Umgebung sind mit ihren Freunden, Bekannten und Verwandten hiermit herzlichst dazu eingeladen.

Joachim Schütze

SSV-Druckerei wiedereröffnet

Am Dienstag, den 18.6.02, schritten die Mitglieder des Studierendenparlaments zur Abstimmung: sollte die SSV-Druckerei im AKK-Gebäude, die der alte LHG-RCDS-UStA im Januar stillgelegt hat, wiedereröffnet werden? Die vom amtierenden UStA vorgelegten Zahlen und der Finanzplan überzeugten: der Antrag zur sofortigen Inbetriebnahme der Druckerei wurde angenommen. Somit haben alle Angehörigen der Universität ab sofort wieder die Möglichkeit preisgünstig zu drucken.

Informationen gibt's im UStA-Büro oder per Mail an druckerei@usta.de

(sz)

Menschenrechts- situation in Paraguay

Die amnesty international Hochschulgruppe informiert:

Seit vielen Jahren herrscht in Paraguay ein instabiles politisches System und die Lage der Menschenrechte wird zunehmend schlechter. Die Wunden, die das Stroessner-Regime hinterlassen hat, sind noch nicht verheilt und regelmäßig erreichen amnesty international neue Berichte von Menschenrechtsverletzungen in diesem Land. Insbesondere Kinder bzw. Jugendliche haben einen sehr schweren Stand: sie werden illegal als Kindersoldaten rekrutiert und die Bedingungen in Jugendhaftanstalten können nur als unmenschlich bezeichnet werden.

Historische Entwicklung

Im Jahre 1811 erfolgte die Unabhängigkeitserklärung von der spanischen Kolonialherrschaft.

3 Jahre später übernimmt Diktator Francia die Macht. Nach Francias Tod übernimmt sein Neffe das Amt und nach ihm dessen Sohn Francisco Solano López. López führt Paraguay in einen ruinösen Krieg gegen eine Allianz aus Brasilien, Argentinien und Uruguay. Im Ergebnis liegt die Wirtschaft Paraguays am Boden und es folgen viele Jahre brasilianischer Besetzung mit hohen Reparationszahlungen. Schon seit dieser Zeit befindet sich Paraguay stets unter der Herrschaft der unterschiedlichsten Diktatoren.

Die führende Partei in Paraguay ist die Asociacion Nacional Republicane oder auch „Partido Colorado“ genannt. Im Verlauf der kommenden Jahre haben sich zahlreiche Präsidenten bzw. Diktatoren mit Putschen und Gegen-Putschen abgewechselt. Alle gehörten derselben Partei an. Die rivalisierenden Flügel der „democráticos“ (Gemäßigte) und der „guionistas“ (Extreme) kämpfen um die politische Macht. Eine nennenswerte legale Opposition hat es nie gegeben.

1954-1989 - 35 Jahre dauerte das *Stroessner-Regime* an. Alfredo Stroessners langjährige Diktatur prägt noch heute Paraguay. Er wurde alle fünf Jahre insgesamt achtmal wiedergewählt.

Während seiner gesamten Amtszeit hielt Stroessner den Ausnahmezustand aufrecht, was eindeutig verfassungswidrig war. Stroessner hat sogar damit geprahlt, daß der innere Frieden in Paraguay besser

gewahrt sei als in allen anderen Südamerikanischen Ländern - erreicht hat er dies durch den permanenten Ausnahmezustand, der es ihm ermöglicht hat, jegliche Opposition hart zu unterdrücken. Nach Auslegung des Obersten Gerichtshofes können während eines Ausnahmezustandes alle individuellen Rechte aufgehoben werden. Demzufolge blieben viele politische Gefangene bis zu 20 Jahren ohne Prozeß in Haft, auf Anordnung des Präsidenten.

Nach einem fehlgeschlagenen Anschlag auf Alfredo Stroessner wurden 1974 Hunderte inhaftiert. Mehrere Menschen starben in Polizehaft. Insgesamt „verschwanden“ ca. 3000 Menschen. Kaum ein Fall dieser Opfer des Stroessner-Regimes wurde bis heute vollständig untersucht oder Verantwortliche bestraft.

Nach seiner 8. Wiederwahl wurde Stroessner durch einen Putsch abgesetzt. Der Anführer des Putsches General Andrés Rodríguez gewann die Präsidentschaftswahlen. Stroessner ging ins Exil nach Brasilien. Bis heute blieben alle Auslieferungsanträge erfolglos.

Die letzten Jahre

Die Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden Flügeln in der Colorado-Partei führten zu einer ernsthaften Krise. Im März 1999 wurden der Vizepräsident Argaña und sein Leibwächter in der Hauptstadt Asunción erschossen. Ein paar Tage später eröffneten Anhänger des Generals Oviedo das Feuer auf Demonstranten. Mindestens acht werden getötet, mehrere hundert verletzt. Laut Augenzeugen sollen auch Polizisten auf die Demonstranten geschossen haben. Der Präsident Raul Cubas Grau gab sein Amt auf und flüchtete nach Brasilien. Lino Oviedo, der beschuldigt wird, die Straftaten angestiftet zu haben, fand zunächst Asyl in Argentinien, anschließend befand er sich in Auslieferungshaft in Brasilien. Das Auslieferungsbegehren aus Asunción wurde vom brasilianischen Gerichtshof aber abgelehnt.

Luis Angel González Macchi wurde im selben Jahr als neuer Präsident vereidigt. Das Amt des Vizepräsidenten blieb unbesetzt. Die von González Macchi geführte Einheitsregierung zeigte keinerlei Verbesserung der politischen Lage. Ein Putschversuch wurde im Mai 2000 niedergeschlagen. Während des folgenden Ausnahmezustands kam es zu zahlreichen Verhaftungen von tatsächlichen und angeblichen Anhängern Oviedos. Trotz Absetzungsversuchen und Massendemonstrationen im August und September 2001 blieb González Macchi im Amt.

Foltervorwürfe

Wegen Foltervorwürfen sind im Februar dieses Jahres zwei Minister zurückgetreten. Vier Mitglieder der

Demokratiebewegung „Movimiento Patria Libre“ wurden von Sicherheitskräften gefoltert. amnesty international erhält fortgesetzt Berichte über Folterungen und Misshandlungen von Inhaftierten durch Angehörige der Sicherheitskräfte. Obwohl manche Folteropfer Klage eingereicht haben, zogen diese Klagen nur in Ausnahmefällen strafrechtliche Konsequenzen nach sich. Eines der Probleme bei der Strafverfolgung von Folterern ist die Tatsache, dass Folter im Strafrecht von Paraguay als Tatbestand nicht enthalten ist!

Auseinandersetzungen zwischen landlosen Familien und der Polizei

Wie in vielen anderen südamerikanischen Ländern gibt es auch in Paraguay Streit zwischen landlosen Familien und den Streitkräften des Landes. Polizeikräfte werden häufig von bewaffneten Zivilisten unterstützt. Im Mai 2000 wurden etwa 800 Kleinbauern von einem Stück Land mit unverhältnismäßig großem Gewalteininsatz vertrieben. Es soll dabei auch zu sexuellen Übergriffen gegenüber Frauen durch die Polizei gekommen sein. Der zuständige Kommissar wurde im Januar 2001 sogar noch befördert. Bauernführer fielen Anschlägen durch bewaffnete Zivilisten zum Opfer und der Tod des bei einer Demonstration ums Leben gekommenen Kleinbauer Nicolás Amarilla ist bis heute noch nicht untersucht worden.

Jugendhaftanstalten

Die Haftbedingungen in einigen Jugendgefängnissen in Paraguay sind nach amnesty international vorliegenden Berichten so schlimm, daß von einer grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung gesprochen werden muss. In der Jugendstrafanstalt „Panchito López“ wurden Jugendliche, vorwiegend Untersuchungshäftlinge ohne rechtskräftige Verurteilung, in überfüllten Zellen bei unhygienischsten Bedingungen gefangen gehalten. Nach einem Brand im Juli 2001 wurden die 240 Inhaftierten in verschiedene Gefängnisse für Erwachsene verlegt, wo sie unter extrem beengten Bedingungen untergebracht wurden.

Zwei ehemalige Insassen berichteten über Mißhandlungen durch Gefängniswärter. So wurde z.B. Francisco Barballo Figueredo mit dem Kopf nach unten mit Handschellen an eine Säule gefesselt drei Stunden hängen gelassen. Während zwei Bränden im Monat zuvor kam es unter den Häftlingen zu 7 Toten und 20 Schwerverletzten. Bei einem Feuer in einem anderen Gefängnis kamen im Dezember 2001 mindestens 23 Häftlinge ums Leben.

Kindersoldaten

amnesty international erhält immer wieder Berichte über die Rekrutierung von Kindern in die Streitkräfte und die Nationalpolizei, über Folter und routinemäßige Misshandlungen der Soldaten durch ihre Vorgesetzten und über ungeklärte Todesfälle von Soldaten. Der Mangel an Transparenz und die augenscheinlichen Versuche, Wahrheiten zu verschleiern, zeigen den mangelnden Willen der Behörden, angebliche Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und Todesfälle von Soldaten aufzuklären. Strafen physischer und psychischer Natur bis hin zur Misshandlung sind gegen Soldaten und Soldatinnen jeglichen Alters üblich. Kindersoldaten unter 18 Jahren sind jedoch besonders gefährdet, Opfer von Übergriffen zu werden. Die Organisation ist der Meinung, dass das Versäumnis der paraguayischen Behörden, diesbezüglich effektive Maßnahmen zu ergreifen, es ermöglicht, dass diese Menschenrechtsverletzungen auch weiterhin stattfinden. Zwischen 1990 und 2000 sind 79 Soldaten während ihres Wehrdienstes ums Leben gekommen. Unter diesen Opfern waren 6 Kinder, die nach der paraguayischen Verfassung nicht zum Wehrdienst zugelassen werden dürften. Eines dieser Kinder war Pedro Antonio Centurión, argentinischer Staatsbürger, der während des Wehrdienstes im Alter von 14 Jahren starb. Er wurde im Alter von 13 Jahren illegal rekrutiert und seine Geburtsdaten und seine Staatsangehörigkeit gefälscht. Der 17jährige Héctor Adán Maciel starb am 10. April 2001 an den Folgen einer Schussverletzung, die ihm ein anderer Wehrpflichtiger zugefügt haben soll. Dem Vernehmen nach war er gesetzwidrig im Alter von 16 Jahren rekrutiert worden. In den Monaten Juli und August 2001 wurden 195 Fälle von Jugendlichen aufgedeckt, die vor ihrem 17. Geburtstag zu Armeeeinheiten eingezogen worden waren. Der Verteidigungsminister erklärte, dass Maßnahmen gegen Personen getroffen würden, die Dokumente fälschen, um Jugendliche unter 18 Jahren zu rekrutieren.

Die Forderungen von amnesty international an die Regierung von Paraguay lauten:

- ◆ Folter als Tatbestand in die Gesetze aufnehmen
- ◆ das Versprechen, Folter zu ächten, in die Tat umzusetzen
- ◆ alle Menschenrechtsverletzungen der Gegenwart und der Vergangenheit aufzuklären und die Verantwortlichen zu bestrafen
- ◆ angemessene Haftbedingungen in Justizvollzugsanstalten herzustellen

(Fränzi Bärnreuther)



Die amnesty-Hochschulgruppe trifft sich jeden zweiten Montag um 19 Uhr im UStA. Dort hängt der nächste Termin auch an der Eingangstür aus. Per E-Mail kann man über amnesty@usta.de Kontakt aufnehmen.



Farbenspiel

Rot-Grün gegen Schwarz-gelb

Änderung des Hochschulrahmengesetzes vom Bundesrat abgelehnt

Am Freitag den 21. Juni wurde das 6. Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vom Bundesrat abgelehnt. Begründet wurde dies mit mangelnder „Gesetzgebungskompetenz“ des Bundes; diese ist u.a. nur dann gegeben, wenn die Rahmenvorschriften der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse oder Wahrung der Rechtseinheit im Bundesgebiet dienen. Bleibt abzuwarten, was geschieht, nachdem die Gesetzesnovelle zum zweiten Mal den Bundestag passiert: machen Bayern und Baden-Württemberg ihre Androhung wahr und klagen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Änderungen?

Im folgenden sind die wichtigsten neuen Punkte aufgezählt:

Bachelor-/Masterstudiengänge

In der aktuellen Fassung sieht das HRG Bachelor-/Masterstudiengänge nur zur Erprobung vor; mit der Neufassung werden diese Studiengänge in das Regelangebot der Hochschulen überführt. Bei mehr als 1000 Studiengängen an deutschen Hochschulen und enormer Nachfrage schein es nicht mehr angemessen, die Vergabe von Bachelor-/Mastergraden nur als Probe zuzulassen, so die Begründung.

Studiengebühren

In ihrer Koalitionsvereinbarung hat die rot-grüne Regierung 1998 festgelegt, ein bundeseinheitliches Verbot von Studiengebühren in HRG zu verankern. Glaubt man dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), dann wird mit der Gesetzesnovelle genau das erreicht. Und so



heißt es auch im Gesetzesentwurf, dass für ein Erststudium in Deutschland keine Studiengebühren erhoben werden dürfen. Jedoch wird schon im nächsten Satz das Verbot wieder relativiert: „In besonderen Fällen kann das Landesrecht Ausnahmen vorsehen“. Somit schafft das Gesetz genau das Gegenteil: mehr Ausnahmen als Regeln. Bestes Beispiel dafür sind Langzeitstudiengebühren oder Semesterbeiträge, die als Verwaltungsgebühren deklariert werden.



heißt es auch im Gesetzesentwurf, dass für ein Erststudium in Deutschland keine Studiengebühren erhoben werden dürfen. Jedoch wird schon im nächsten Satz das Verbot wieder relativiert: „In besonderen Fällen kann das Landesrecht Ausnahmen vorsehen“. Somit schafft das Gesetz genau das Gegenteil: mehr Ausnahmen als Regeln. Bestes Beispiel dafür sind Langzeitstudiengebühren oder Semesterbeiträge, die als Verwaltungsgebühren deklariert werden.

Verfasste Studierendenschaft

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt des Entwurfs ist die Einführung einer verfassten Studierendenschaft.

Seit sich Mitte der 1960er Jahre die Tagespolitik der Bundesregierung und die Auffassungen der demokratisch gewählten Studierendensvertretungen widersprachen, zog man in Zweifel, ob die Studierendenschaft ein allgemeinpolitisches Mandat für sich in Anspruch nehmen könne. 1977 führten diese Überlegungen zur Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft (VS) in Baden-Württemberg; es galt, den „terroristischen Sumpf“ an den Hochschulen auszutrocknen. Für „Zweifel an der Verfassungstreue“ sorgte damals schon eine einfache Kandidatur für das Studierendenparlament.

Nun endlich sieht ein HRG-Änderungsgesetz die Einführung von verfassten Studierendenschaften

vor; zwar dürfen sich Studierendenvertretungen nach wie vor nicht zu allgemeinpolitischen Themen äußern, doch sieht der Gesetzesentwurf weitreichende Verbesserungen gerade für die sog. „Süd-Asten“ vor, welche sich zur Zeit nur auf kulturellen und sportlichen Gebiet betätigen dürfen. So soll es u.a. in Zukunft Aufgabe der Studierendenvertretungen sein, „die politische Bildung, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft ihrer Mitglieder zur aktiven Toleranz sowie zum Eintreten für die Grund- und Menschenrechte zu fördern“ und „an Stellungnahmen zu hochschul- oder wissenschaftspolitischen Fragen mitzuwirken.“

Somit erhält die größte Gruppe von Angehörigen einer Universität, die Studierendenschaft, endlich eine offizielle Vertretung ihrer Interessen nach außen. Wie laut man jedoch in Zukunft die Stimme der Studierenden in der Öffentlichkeit hören wird, bleibt noch abzuwarten.

(sz)





Autofrei

Autofreier Hochschultag der GAL und des UStA- Ökoreferats:

Carwalking und Information bei tropischen Temperaturen

Dienstag, 18.06., 7.30: 5 dunkle (oder eher grüne) Gestalten machen sich auf den Weg zur Haupteinfahrt der Uni. Ihre Mission: allen Autofahrern, die es noch nicht wussten, ignoriert haben, oder aus sonst einem Grund an diesem deutschlandweiten Autofreien Hochschultag per Auto in die Uni kamen, einen Denkanstoß zu geben. In den kurzen Diskussionen wurde klar, dass sich, wenn es um das Autofahren bzw. einen möglichen Verzicht auf das Auto geht, der berufstätige Mensch sofort angegriffen fühlt und sich mit allen Mitteln zu verteidigen sucht. Natürlich gab es auch einige, die Einsicht hatten, jedoch oft nach dem Motto: „Ihr habt ja Recht. Aber ich kann nicht auf mein Auto verzichten!“

Dabei ignorieren sie wissentlich ihre Verantwortung für die Zukunft. Beispiel Klimawandel: Die Regierung des flachen Inselstaates Tuvalu kauft aufgrund steigender Springfluten bereits Land auf den Fidschi-Inseln. Auch Deutschland wird von dem mittleren Meeresspiegelanstieg von 50 cm bis 2100 (bisher waren es 20 cm/Jahrhundert) und der Zunahme von Sturmfluten massiv betroffen sein.

Da viele Autofahrer jedoch an ihren dörflichen Wohnorten tatsächlich keinen Zugang zum ÖPNV (Öffentliche Personen-Nahverkehr) haben, ist neben dem Verantwortungsgefühl der Verbraucher auch die Politik gefragt: Sie muss Zersiedelung vermeiden und den ÖPNV stärken. Neben erweiterten Verbindungen mit Bus und Bahn sollte die Kilometerpauschale abgeschafft werden, da durch sie die Bevölkerung in den Städten die Pendelwege der Landbewohner subventioniert. Außerdem darf die staatliche Wohnungsförderung den Neubau eines

Hauses nicht mehr gegenüber dem Kauf einer städtischen Wohnung bevorteilen, wie es derzeit der Fall ist.

In der Mittagshitze starteten wir die zweite Aktion am Autofreien Hochschultag.

An einem Stand des ADFC konnte man in Fahrradliteratur schmökern, seine nächste Radtour planen oder sein Fahrrad durchchecken lassen. Auf einer Meckerliste konnte man sich über den Zustand des Verkehrsnetzes beschweren (siehe Artikel weiter vorne). Trotz der sengenden Hitze trauten sich einige, Carwalking auf dem dafür bereitgestellten Schrottauto auszuprobieren. Im Gegensatz zum Vormittag konnten wir mit vielen Studenten vernünftige Diskussionen führen. Es wurde auch Interesse für Car-Sharing gezeigt. Einzig der Vergleichswettbewerb, wie viele Leute tatsächlich in einen Clio passen, wurde wahrscheinlich aufgrund der saunaähnlichen Temperaturen in demselben nicht angenommen.

Ein herzliches Dankeschön gilt dem ADFC, Stadtmobil, den Grünen und Auto Böhler, die ein Auto für Carwalking zur Verfügung stellten.

Quellen:

- 1) Greenpeace Magazin 5/00
- 2) Einblicke Nr. 22, Horst Sterr et al., Uni Oldenburg

(hb/sr)



Knappe Wahl - aber gute Wahl!

**Der neue Rektor Prof. Dr.
Horst Hippler**

**Qualitätsstandards in der Lehre -
Englischsprachige Vorlesungen -
Sanierung der Hörsäle -
Wohnraumsituation - Profil und Ruf
der Universität - Transparenz der
Entscheidungen**

Dies sind nur einige Punkte für die er antritt. Wir gratulieren Hr. Prof. Dr. Hippler zur Wahl als neuer Rektor der Universität Karlsruhe und wünschen ihm viel Erfolg bei der Umsetzung der einzelnen Punkte.

Herr Prof. Dr. Horst Hippler wurde am 23. September 1946 in Göttingen geboren. Er studierte 4 Jahren Physik an der Universität Göttingen. Anschließend ging er an das Institut für Physikalische Chemie der „Ecole Polytechnique Federale de Lausanne“ (der französische Teil der ETH Zürich). Dort promovierte er 1974. Im Anschluss daran ging er als Postdoctoral Fellow am IBM Research Laboratory nach San Jose (USA). Zur Habilitation kehrte er in seine Heimatstadt Göttingen an das Institut für Physikalische Chemie zurück. Dort arbeitete er bis 1992 als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Parallel war er damals bereits an verschiedenen Sonderforschungsbereichen beteiligt. Im Herbst 1993 wurde er als Professor für Molekulare Physikalische Chemie an die Universität Karlsruhe berufen. In diesen 9 Jahren konnte er diverse Sonderforschungsbereiche, wie aktuell das DFG Forschungszentrum für Funktionelle Nanostrukturen für die Universität Karlsruhe werben.

Seit 2 Jahren ist Hr. Prof. Hippler bereits als Prorektor für Forschung im Rektorat tätig. Dadurch ist ihm der allgemeine Ablauf und Probleme bereits bekannt.

Hr. Prof. Hippler möchten in den nächsten Jahren einige Projekte in Angriff nehmen, die sich insbesondere wieder auf die Universität Karlsruhe nach innen hin auswirken sollen. So gut der Universität die Außenwirkung durch Hr. Prof. Wittig tat, so nötig haben es sicher auch die Prozesse in der Universität überarbeitet zu werden. So soll die Effizienz des Bauamtes auf dem Campus erhöht werden. Gleichzeitig möchte Hr. Prof. Hippler versuchen einen Teil

der Hörsäle durch Sponsoring zu renovieren. Wir hoffen, dass er vor der Renovierung auch die Studierenden fragt, wie ein neuer Hörsaal ausgestattet sein sollte. Darüber hinaus ist es Hr. Prof. Hippler ein großes Anliegen, das bereits in den letzten Jahren akute Problem der Wohnraumsituation zu entschärfen. Bereits für deutsche Studierende ist es immer schwieriger gute und günstigen Wohnungen in der Umgebung von Karlsruhe zu finden. Noch schwieriger gestaltet sich dieses Problem aber für die ausländischen Studierenden, die auf dem privaten Wohnungsmarkt noch-

mals schlechtere Chancen haben. Dieses Problem will er mit dem Studentenwerk und den verschiedenen Ministerien in Stuttgart besprechen und möglichst schnell eine Lösung finden. Parallel zur Förderung der ausländischen Studenten an der Universität Karlsruhe möchte Hr. Prof. Hippler auch den Austausch verschiedener Universitäten im all-

gemeinen fördern, besonders Austauschprogramme mit den Ländern in Osteuropa sind hier mit angedacht. Auf dem Weg dorthin sollen auch englischsprachige Vorlesungen und Studiengänge an der Universität Karlsruhe verstärkt eingeführt werden. Für neu eingeführte Studiengänge, insbesondere für Bachelor- und Masterstudiengänge möchte Hr. Prof. Dr. Hippler universitätsinterne Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards einführen. Damit soll der Ruf und das Profil der Universität Karlsruhe erhalten und verbessert werden. Dafür wird es auch weiterhin Projekte geben, in denen mehrere Fakultäten in der Lehre, wie bereits in der Forschung zusammenarbeiten. Schließlich sind wir in erster Linie eine Universität mit einem einzigartigen Profil.

In der Verwaltung plant Hr. Prof. Hippler mehr Transparenz in die Entscheidungen des Rektorats zu bringen. Das Beratungsgremium, das an die Stelle des früheren Verwaltungsrates getreten ist, soll in seiner Form weitergeführt werden. Gleichzeitig wird es immer Gespräche mit allen Betroffenen geben.

Im Bezug auf Studiengebühren hat Hr. Prof. Hippler eine sehr eindeutige Haltung. Da der Haushalt der Universität niemals durch die angedachte Höhe der Gebühren relevant erhöht werden kann und gleich-



zeitig aufgrund der Sozialverträglichkeit ein sehr komplexes und zu Beginn kostenintensives Stipendiensystem eingeführt werden müsste, sieht er in grundständigen Studiengebühren keinerlei Sinn. So zweifelt er auch den Nutzen der Langzeitstudiengebühren für die Universitäten an. Es wären dadurch zwar die Studentenzahlen kurzfristig gesunken, aber insgesamt hätten die Universitäten keinerlei Gewinn durch diese Gebühren. Eine ähnlich strikte Haltung hat Prof. Dr. Hippler im Bezug auf private Universitäten. Wörtlich meinte er: „Umarmen und Erdrücken!“ Somit bleibt uns die Hoffnung, dass die Universität Karlsruhe (TH) auch in Zukunft die einzige Universität in Karlsruhe bleibt.

Wir wünschen Hr. Prof. Dr. Hippler viel Erfolg bei der neuen Aufgabe als Rektor der Universität Karlsruhe. Bei einer Vielzahl seiner Vorhaben kann er mit der vollen Unterstützung der Studenten der Universität Karlsruhe rechnen. Gleichzeitig hoffen wir, dass wir uns auch in den nächsten vier Jahren möglichst häufig einbringen können und wir bei ihm auf ähnlich offene Ohren stoßen, wie bei Hr. Prof. Dr. Wittig.

(Ulrike Reichelt)

Kurz notiert

- Fussball-Fieber: Die deutschen Finalspiele und das Spiel um Platz Drei wurden von der Universität und dem UStA übertragen. Wir möchten uns bei Euch bedanken, dass Ihr bis zuletzt für so eine tolle Stimmung gesorgt habt!
- Unifest-Fieber: Eine Nachschau wird es in der letzten U-Mag-Ausgabe für dieses Semester geben.
- Umag-Fieber: Das UStA-Magazin gibt's jetzt auch im Web. Von standardkonformen Browser aus lesbar (Ja liebe MitinformatikerInnen, auch mit lynx :-)) - PDF bleibt natürlich weiterhin). Danke Thomas!
- PH-Fieber: Die Hochschulform der PH's, also unsere KommilitonInnen im pädagogischen Bereich, feierten ihr 40jähriges Jubiläum. Herzlichen Glückwunsch! Allerdings sieht es bei ihnen nicht anders aus als hier: Überfüllung der Hörsäle, Überlastung der Studiengänge. „Wir können alles, außer Hochschule...“
- Senat: Für das Unabhängige Modell stehen die Senatskandidatinnen und -kandidaten fest: Ulrike Reichelt, Tobias Koz und Simone Szurmant werden versuchen, trotz der geringen Anzahl studentischer Sitze in diesem Gremien eine gute studentische Interessenvertretung zu sein.
- Something fishy: Drei Goldfische hält der AStA der Uni Hamburg bei sich gefangen, namens „Selbstbestimmtes Studieren“, „Demokratie“ und

„Gebührenfreies Studium“. Die Drohung ist ernst: Wenn die Hamburger Regierung Studiengebühren eingeführt, werden die unschuldigen Wasserbewohner „irgendwie verschwinden“. Wir hoffen darauf, dass den Fischen kein Haar gekrümmt wird...

Termine

- 11.7. Fakultätsfest der Informatik
 - 12.7. Fakultätsfest Mach/CIW (und vorher der Multimediatag an der Uni...)
 - 13.7. „50 Jahre Wohnheim e.V.“
 - 18.7. Semesterabschluß Schlonz im AKK
 - 19.-21.7. „Das Fest“
- ...und dann naht mit Riesenschritten schon die vorlesungsfreie Zeit mit Sommer, Sonne und Klausuren!

IMPRESSUM

Das **UStA-Magazin** ist ein Organ der Unabhängigen Studierendenschaft der Universität Karlsruhe. Unaufgefordert eingesandte oder vorbeigbrachte Manuskripte sind gerne willkommen, allerdings kann dafür keine Haftung übernommen werden. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Finanziert wird dieses UStA-Magazin durch UStA-Beitragsmarken, erhältlich im UStA oder bei eurer Fachschaft.

Titelbild: Vielen Dank an dieser Stelle an unser „Fotomodell“, David!

Redaktion: Malte Cornils

Artikel geschrieben: ReferentInnen des UStA (durch Kürzel markiert) und GastautorInnen (ganzer Name angegeben)

Druck: StudierendenServiceVerein SSV
Auflage: 1500

V.i.S.d.P.: Roger Huckle
UStA der Uni Karlsruhe
Adenauerring 7
76131 Karlsruhe

Tel.: 0721/608-8460

email: umag@usta.de
<http://www.usta.de>